

Haushaltsrede 2013

Soziale Fraktion im Rat der Stadt Dorsten

Reinhild Reska

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

zum ersten Mal seit vielen Jahren hat Dorsten wieder einen genehmigungsfähigen Haushalt, den es heute zu verabschieden gilt.

Ermöglicht wurde dieser Umstand durch den Haushaltssanierungsplan, den sich alle Mitglieder des Rates sowie die Verwaltung quasi abgerungen haben und die Bezirksregierung genehmigt hat.

Das Sparpaket ist ein hoher Preis, den die Bürger und Bürgerinnen unserer Stadt zahlen müssen. Aber auch für uns politisch Handelnde, die wir verantwortungsvoll mit der uns aufgetragenen Funktion und den daraus resultierenden Entscheidungen umgehen müssen, ist und bleibt die Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans immer wieder aufs Neue eine schwierige Mission, die schwer auf unseren Schultern lastet.

Da ist es nur zu verständlich, wenn auf der Suche nach weiteren Sparmöglichkeiten der Ruf nach Privatisierungen lauter wird.

Stichwort Public Private Partnership

Schauen wir uns einmal dazu konkret den Bereich ÖPNV an:

Der Kreis Recklinghausen entrichtet jährlich eine ÖPNV - Umlage von 12,3 Mio Euro, davon zahlt die Stadt Dorsten jährlich rund 1,3 Mio Euro. Wie sieht es im Vergleich bei teilprivatisierten Verkehrsbetrieben z.B. des Kreises Wesel aus?

Die Niederrheinische Verkehrsbetriebe AG, ist ein Verkehrsunternehmen des Kreises Wesel und der Rhenus Veniro GmbH & Co. KG mit Sitz in Moers. Die Rhenus Veniro hält eine Mehrheit von über 51%. Die NIAG, wie zu erfahren ist, fährt kostendeckend. Das bedeutet, dass der Kreis Wesel keine ÖPNV - Umlage zahlen muss. Das, so scheint es zunächst, sind paradiesische Zustände, hängt aber damit zusammen, dass das auf die Optimierung einzelner Geschäftsprozesse , aber auch auf die Optimierung von Subunternehmerkosten zurück zu führen ist.

Der Anteil von eigenen nach Tarif bezahlten Beschäftigten der NIAG beträgt ca. 50 % mit abnehmender Tendenz. Das

bedeutet, dass zunehmend mehr Subunternehmer mit eigenem Personal zum Einsatz kommen. Auf deren Arbeitsbedingungen hat die NIAG nur wenig Einfluss.

Und hier sollten wir genau hinschauen, wenn wir zukünftig über Public Private Partnerships reden, gerade auch im Hinblick der prozentualen Verteilung der Geschäftspartner. Wir sind der Meinung, dass sich der kommunale Partner immer eine Mehrheit sichern sollte.

Die Synergie-Effekte nutzen - nach dem Motto *Gutes übernehmen und weiter ausbauen, schlechte Erfahrungen zur Kenntnis nehmen und besser machen!*

Denn, meine Damen und Herren, sonst drehen wir uns doch im Kreis:

Auf der einen Seite müssen wir alles daran setzen Kosten ein zu sparen, auf der anderen Seite würden wir mit einem, wie gerade geschilderten Projekt den Einsatz von schlecht bezahlten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern forcieren. Und die Folgekosten kommen dann in Form von „Hartz IV – Aufstockern geradewegs zu uns zurück.

Wir, die Soziale Fraktion, halten das nicht für nachhaltig.

Wir sollten uns verstärkt darüber Gedanken machen, wie wir die Kaufkraft, sprich die Binnennachfrage ankurbeln können. Das geht nur mit angemessenen Löhnen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, in der Strukturkommission ist man ständig auf der Suche nach neuen Einsparmöglichkeiten, um das Haushaltsziel 2021 erreichen zu können.

Dabei wollen wir uns keine Denkverbote auferlegen. (Ich denke an Ihre Worte Herr Bürgermeister)

Das hält auch die Soziale Fraktion für richtig.

Anstatt wir uns ständig überlegen müssen, welchen Cent wir mit Gebührenerhöhungen in der Bibliothek oder bei VHS-Kursen noch aus unseren Bürgern herauspressen können, sollten wir uns nicht scheuen, über die „heilige Kuh Kreis“ zu sprechen. Jedes Jahr zahlt Dorsten eine Kreisumlage von ca.40 Mio Euro. Auf der einen Seite befürchten wir, dass durch zu hohe Grundsteuern verstärkt Menschen aus Dorsten wegziehen oder gar nicht erst zu uns ziehen wollen, auf der anderen Seite leisten wir uns einen Wasserkopf in Recklinghausen, der so überflüssig ist wie ein Kropf.

Auch hierbei muss gelten: Keine Denkverbote

Wir streichen die Ausgaben für einen Schülerspezialverkehr und können uns eine angemessene Schulausstattung - Stichwort Inklusion und Sekundarschule – kaum leisten, streichen Jugendförderprojekte und Zuschüsse für Sportvereine zusammen. Sparen wir aber weiter in diesen Bereichen, werden uns gerade diese Kosten in Form von Heimeinweisungen und andere Sozialkosten für gescheiterte junge Menschen wieder einholen.

Wir leisten uns hingegen Personalabbau, wo sich doch alle darüber einig sind, dass bei einem gleichbleibenden Pensum an Aufgaben Stellenstreichungen unverantwortlich sind.

Die hohen Kreisumlagen aber bleiben unangetastet, geradezu *Tabu*.

Sicherlich werden einige von Ihnen behaupten, dass sei eine Milchmädchenrechnung.

Dem muss ich aber unbeirrt widersprechen.

Denn an den Kosten der Krankenhausfinanzierung, Suchtkliniken sowie Sozialtransferaufwendungen z.B können Land und Bund auch direkt kreisfreie Städte mit einem jährlich zu erhebenden Beitrag beteiligen, sprich mit den

Landeszuweisungen verrechnen.

Meine Damen und Herren,
an welcher Stelle noch könnte Dorsten finanziell besser dastehen?

Stichwort: Kosten der Einheit!

Wann beschließt endlich mal eine Bundesregierung die Verteilung dieser wichtigen Solidarbeiträge nicht nach Himmelsrichtung zu entscheiden, sondern nach Bedürftigkeit

Oder das leidige Thema *Konnexität*.

Das habe ich bisher in jeder Haushaltsrede erwähnt. Leider hat sich aber noch nichts daran geändert.

Es bleibt dabei: Die Kommunen müssen ihre Pflichtausgaben tätigen ohne dafür von Bund und Land ausreichend finanziell ausgestattet zu werden.

Meine Damen und Herren,

die Soziale Fraktion wird der Haushaltssatzung und dem fortschreibenden Haushaltssanierungskonzept zustimmen. Wir wollen damit unserer Verantwortung gerecht werden, verbinden gleichzeitig aber damit die Bitte an alle

Ratsmitglieder und an die Verwaltung, die angesprochenen Punkte in unserer Haushaltsrede zu überdenken und in der Strukturkommission aufzugreifen, um nachhaltige Verbesserungen für unsere Stadt zu entwickeln. Das schließt ein, dass alle Fraktionen ihre Verantwortlichen in Bund und Land kräftig unter Druck setzen müssen.

Wir sind der Meinung, dass auch die Räte und Verwaltungen der anderen Städte im Kreis einmal darüber nachdenken sollten, ob sie sich angesichts leerer Kassen und der damit verbundenen Schwierigkeiten weiterhin eine Hierarchie *Kreis* leisten wollen.

In der Kommune spielt die Musik, und diese Gelder können vor Ort besser eingesetzt werden und den Menschen zu Gute kommen.

Wenn ich jetzt populistisch wäre, und das bin ich jetzt, würde ich dafür plädieren, bevor wir Seen und Bächlein in unserer Stadt trocken legen wollen, fragen wir doch vorher die Fische, was sie davon halten.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.